

DR. MAIKE KOHL-RICHTER

Ludwigshafen, zum 1. Oktober 2022

Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung
An den Kuratoriumsvorsitzenden
Herrn Volker Kauder
Lützowufer 26
10787 BERLIN

per E-Mail: kuratorium@bundesstiftung-helmut-kohl.de

**40. Jahrestag der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler am 1. Oktober 2022;
Ihr Schreiben vom 15. Juli 2022**

Sehr geehrter Herr Kauder,

den bevorstehenden 1. Oktober, an dem sich der Beginn der 16-jährigen Kanzlerschaft meines Mannes Dr. Helmut Kohl zum 40. Mal jährt, und Ihr Schreiben vom 15. Juli 2022, mit dem Sie mich informiert haben, dass die staatliche Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung ihre Arbeit aufgenommen hat und ich mich bei Interesse melden könne, nehme ich zum Anlass, um daran zu erinnern, wofür Helmut Kohl stand, was ihn ausmachte und was das für die staatliche Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung bedeutet, deren Kuratoriumsvorsitzender Sie sind.

Ich will hier nicht von Helmut Kohls politischen Leistungen im Einzelnen reden, sondern an seine Grundüberzeugungen und seine Haltung erinnern, die das Fundament seiner Politik waren und ohne die seine politischen Leistungen nicht erklärbar wären.

Helmut Kohls Überzeugungen gründeten auf dem christlichen Menschenbild. Sein Glaube an die Freiheit, sein (eigener) Freiheitswille, sein Eintreten für Frieden in Freiheit, ohne die für ihn Frieden kein echter Frieden war, sein Eintreten für die Würde des Einzelnen und sein Festhalten am Selbstbestimmungsrecht des Menschen waren unerschütterlich und prägten sein ganzes Denken und Handeln.

So wäre es ohne Helmut Kohls eisernes Festhalten am Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und am Ziel der deutschen Einheit wohl kaum 1990 zur deutschen Einheit gekommen; sein Festhalten am Selbstbestimmungsrecht, das in den 70er- und 80er-Jahren immer schwieriger geworden war. „Nicht friedensfähig“, „Kalter Krieger“ und „Ewiggestriger“ sind nur einige der Attribute, mit denen ihn seine Gegner damals bedachten. Zu Unrecht, wie sich herausstellen sollte, denn mit der deutschen Einheit im Oktober 1990 hätten sich - wie er es immer prophezeit hatte und worauf er seine politischen Entscheidungen angelegt hatte - der Freiheitswille und das Recht auf Selbstbestimmtheit, sprich hatten sich die Menschen und Helmut Kohls Haltung durchgesetzt.

Die staatliche Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung, die im Vorjahr auf Initiative der CDU mit einem Bundesgesetz errichtet wurde, entspricht gerade nicht dem Willen meines Mannes und also ausgerechnet dem Willen des Mannes nicht, für den, wie dargelegt, das Recht auf Selbstbestimmung ein elementares Recht war. Sie haben nicht das Recht, seinen Namen für die staatliche Stiftung zu benutzen und in seinem Namen aufzutreten und zu handeln.

Ich bedauere, dass die CDU meine Petiten und Bemühungen und schließlich meine ausdrückliche Ablehnung der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung im Vorfeld der Errichtung einfach ignoriert und beiseitegeschoben hat (mit dem prominent platzierten Hinweis, ich sei „schwierig“), um stattdessen mit der gegebenen staatlichen Macht Fakten zu schaffen. Zu dem Verfahren und den Gründen, warum die Stiftung nicht Helmut Kohls Willen entspricht, und dazu, wie ein gemeinsamer Weg seitens der CDU und des Staates mit mir als Alleinerbin Helmut Kohls hätte aussehen können, will ich mich hier nicht wiederholen. Dies ist im Einzelnen alles in Erklärungen auf der von mir eingerichteten Homepage unter www.helmut-kohl.de nachzulesen.

Im Ergebnis: Die staatliche Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung verletzt Helmut Kohls postmortale Rechte. Sie verletzt auch meine Rechtspositionen als seine Erbin. Sie verstößt gegen die für alle anderen staatlichen Kanzlerstiftungen geltenden Regeln und Usancen, wonach diese Stiftungen stets im Einvernehmen und mit Zustimmung des Betroffenen in Person der jeweiligen Erben errichtet wurden. Die Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung enthält darüber hinaus - anders als alle vor 2015 errichteten Kanzlergedenkstiftungen (erstmalig eingeführt mit der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung im Jahr 2015) - eine grundlegende Änderung des Aufgabenkatalogs. Sie will über die eigentliche Erinnerungsarbeit hinaus auch mit Helmut Kohls Namen verbundene, politische Analysen zu aktuellen Ereignissen und Entwicklungen abgeben - Analysen, die mit Helmut Kohls Namen untrennbar verbunden werden, aber zu denen Helmut Kohl sich naturgemäß gar nicht mehr äußern kann. Das schließt auch politische Auftragsarbeiten in seinem Namen für die CDU, andere Parteien, den Bundestag, die jeweilige Regierung und sonstige Dritte ein.

Um jedes Missverständnis zu vermeiden: Es steht - natürlich - auch Ihnen und der Stiftung, deren Gründung Sie maßgeblich mitbetrieben haben und deren Kuratoriumsvorsitzender Sie nunmehr nach Ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag sind, frei, über Helmut Kohl zu reden, zu forschen, Symposien abzuhalten, politische Analysen zu erstellen etc.; aber es steht Ihnen und der Stiftung eben nicht frei, dafür über Helmut Kohl beliebig zu verfügen und dies in und mit seinem Namen zu tun und es so darzustellen, als ob die Stiftung und Stiftungsarbeit von Helmut Kohl autorisiert und in seinem Sinne seien. Das sind die Stiftung und ihre Arbeit, wie dargelegt, gerade nicht.

Auch eine öffentliche Person ist - in einem Rechtsstaat wie Deutschland - nicht staatliche Verfügungsmasse. Selbst ein Spitzenpolitiker, der seinem Land viele Jahre lang und dabei allein sechzehn Jahre als Bundeskanzler gedient hat, hat dem Land nur auf Zeit gedient und dadurch nicht seine Rechte und erst recht nicht seine Persönlichkeitsrechte an den Staat oder die Partei verloren. Auch ein langjähriger Bundeskanzler wird nicht qua Amt und Lebenswerk vom selbstbestimmten Subjekt zum frei verfügbaren Objekt staatlicher Gewalt.

Deswegen fordere ich Sie auf, die Arbeit der mit seinem Namen verbundenen Stiftung einzustellen oder den Stiftungsnamen zu ändern, z.B. in Deutschland-, Deutsche-Einheit- oder Europastiftung oder wie auch immer.

Ich würde es aufrichtig bedauern, wenn ich neben meinen sonstigen Aufgaben und notwendigen Rechtsstreitigkeiten um das Lebenswerk meines Mannes (Stichwort Memoiren) meine Ankündigung tatsächlich umsetzen und auch noch gegen diese Stiftung Klage einreichen müsste, nur weil Sie und die CDU mir keine andere Wahl lassen.

Angesichts Ihrer diversen öffentlichen Äußerungen in den vergangenen Wochen und Tagen mache ich dieses Schreiben zugleich unter www.helmut-kohl.de öffentlich.

In diesem Sinne,

